

1894: Freisinnig und radikaldemokratisch

Autor(en): Charles Stirnimann

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1994

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/1f7fd53c-de54-4960-845f-78616cbfcfde>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Charles Stirnimann

1894: Freisinnig und radikaldemokratisch

100 Jahre Basler FDP

Die Geschichte des schweizerischen Bundesstaates mit seiner bürgerlich-liberalen Verfassung von 1848 ist eine Erfolgsgeschichte. Die in ihrer Fortschrittlichkeit im reaktionären Metternich'schen Europa einzigartige und revolutionäre Bundesgründung war und blieb auf lange Zeit hinaus eng mit der «freisinnigen Staatspartei» verknüpft. Der Freisinn war Schöpfer und Ausgestalter des Bundesstaates; keine parteipolitische Strömung in Europa – weder die Bewegungen der französischen Radikalen noch die des britischen Liberalismus – besass eine vergleichbare Schlüsselstellung in der nationalen Politik wie die «freisinnige Staatspartei» von 1848 bis in die Zeit des Zweiten Weltkrieges.

Das «freisinnige Basel»

Im Gefolge der im Jahre 1874 total revidierten Bundesverfassung forderten die Freisinnigen auch für den Kanton Basel-Stadt ein neues kantonales Grundgesetz. Im Zentrum standen die Postulate nach Einführung von Initiative und Referendum sowie einer leistungsfähigen, vollamtlichen Regierung; eine moderne, auf dem Departementalsystem beruhende Verwaltung sollte geschaffen werden. Es galt, vom antiquierten Ratsherrenregiment Abschied zu nehmen und gleichzeitig den seit 1801 bestehenden, nie funktionierenden Dualismus Kanton/Stadtgemeinde zum Verschwinden zu bringen. Mit der bereits 1875 zustande gekommenen neuen Kantonsverfassung begann die Ära des «freisinnigen Basel». Bis zur Einführung des Proportionalwahlrechts auf kantonaler Ebene im Jahre 1905 dominierte der Freisinn das politische Leben der Polis in Legislative und Exe-

kutive, oft mit absoluten Mehrheiten. Hauptgegner der von Wilhelm Klein (1825–1887) geführten Freisinnigen waren in dieser Epoche die alten konservativen Eliten, die sich 1896 als Konservative Partei und 1905 als Liberale Partei konstituierten. Der politische Katholizismus und die Sozialdemokratie hingegen formierten sich bis zum Ersten Weltkrieg vorerst als eigentliche Gegengesellschaften, deren politischer Einfluss auf das Gemeinwesen durch die Barriere des Majorzsystems (im Kanton bis 1905 und im Bund bis 1919) stark reduziert blieb.

Basel wird im üppig wuchernden Schrifttum der Basiliensia gerne als Humanistenstadt, als Musikstadt, als Kunststadt oder als Museenstadt gerühmt; dabei wird übersehen, dass Basel seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts vor allem eine gewaltig wachsende Industriestadt war. Nach der Kantonstrennung hatten gemäss der ersten kantonalen Volkszählung von 1835 nur etwas mehr als 23 000 Menschen im Stadtkanton gelebt. In den folgenden achtzig Jahren bis zum Ersten Weltkrieg hatte sich die Bevölkerung rund versechsfacht; 1910 lebten bereits 135 918 Menschen im Kanton Basel-Stadt. Die Freisinnig-Demokratische Partei Basels war, im Gegensatz zu den alteingesessenen Liberalkonservativen, eine in sozialer Hinsicht ausgesprochen heterogene Partei der neu Zugewanderten. Ihre 1894 erfolgte Gründung war eher eine Neuorganisation und Neustrukturierung der seit Jahrzehnten existierenden freisinnigen Vereine als eine eigentliche Neugründung. Im gleichen Jahr fand auf Landesebene der Zusammenschluss der kantonalen Formationen zur Gründung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz statt.

Bildungs- und Sozialpolitik

Schon in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts ertönte der Ruf nach einer Totalrevision der Verfassung, nicht nur von den Freisinnigen, auch von der Arbeiterpartei Basel unter ihrem Führer Eugen Wullschleger, der 1886 auf der freisinnigen Liste, zusammen mit dem Arbeitervertreter Wilhelm Arnold, in den Grossen Rat gewählt worden war.

Am 2. Dezember 1889 akzeptierte der Grosse Rat mit einem Mehr von nur 8 Stimmen den Verfassungsentwurf. Die Stimmberechtigten hiessen zwei Monate danach die Verfassung mit einem Zweidrittelsmehr gut. Freisinnige und Arbeiterpartei hatten den Abstimmungskampf Seite an Seite geführt.

Die vom Freisinn befürworteten schulpolitischen Anliegen waren im neuen Grundgesetz verankert. Die Sozialpolitik sowie die Förderung des Erziehungswesens und der Volksbildung wurden zur Staatsaufgabe, der Schulunterricht für alle Kinder innerhalb der gesetzlichen Altersgrenze für obligatorisch erklärt. An den öffentlichen Schulen war der Unterricht fortan unentgeltlich, die Lehrmittel in den unteren und mittleren Schulen wurden von nun an kostenlos zur Verfügung gestellt.

Zur Weckung des Solidaritätsbewusstseins über alle gesellschaftlichen und konfessionellen Schranken hinweg sollte den Eltern der Zwang auferlegt werden, ihre schulpflichtigen Kinder in die öffentliche Schule zu schicken. Dieses radikaldemokratische Postulat steht in einer Linie mit der «Ecole obligatoire, gratuite et laïque» Jules Ferrys in der jungen Dritten Republik Frankreichs. Die Schliessung der katholischen Schule per Volksabstimmung im Jahre 1884 passt in dieses Bild des propagierten Laizismus mit kulturkämpferischen Tönen. Durch die Verbesserung der Chancengleichheit im Bildungssystem den sozialen Ausgleich anzustreben, entsprach dem Herzstück des sozialpolitischen Verständnisses der Freisinnigen in jener Epoche.

Eine Zäsur in der Geschichte des lokalen Freisinns, aber auch des schweizerischen Bundesstaates, bilden die Jahre des Ersten Weltkrieges, an deren Ende die drohende soziale Verelen-

dung breitetester Schichten der Arbeiterschaft im November 1918 zum Landesstreik führte. Angesichts des klassenkämpferischen Aufbaus der sozialistischen Linken schloss sich der Freisinn mit den Liberalkonservativen, der Bürger- und Gewerbeartei und den Katholiken zum «Nationalen Block» zusammen, um der vermeintlich drohenden Revolutionsgefahr Herr zu werden. Im Gegensatz zum Bund jedoch, wo der sozialpolitische Aufbruch lediglich ephemer blieb, nahmen in Basel die freisinnigen «Radikaldemokraten» bereits in den zwanziger Jahren, über die politischen Blöcke hinweg, mit der Linken systematisch den Aufbau des «sozialen Basel» durch eine aktive Bildungs- und Sozialpolitik in Angriff. In der Ära Fritz Hauser (SP-Regierungsrat 1918–1941), des langjährigen sozialdemokratischen Vorstehers des Erziehungsdepartements, ist in allen wesentlichen bildungspolitischen Fragen die Zusammenarbeit von freisinniger RDP und SP unübersehbar. Neben dem Schulgesetz von 1929 oder dem Universitätsgesetz von 1937 ist auch die Schaffung der Maturitätskurse für Berufstätige in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre erwähnenswert. Der Sozialdemokrat Gustav Wenk, langjähriger Vorsteher des Departements des Innern, betrieb in der Zwischenkriegszeit eine beispielhafte Sozialpolitik, seit 1931 wirkte als sein Departementssekretär und engster Mitarbeiter der Radikaldemokrat Emil Jenny.

Die Jahre der Bedrohung

Die konsequent antinationalsozialistische Grundhaltung der Basler Radikaldemokraten und der «National-Zeitung» in den dreissiger Jahren und während des Zweiten Weltkriegs steht in deutlichem Kontrast zum Zürcher Freisinn sowie zu den Genfer oder Waadtländer «Radicaux», die sich nach dem militärischen Zusammenbruch der Dritten Republik im Sommer 1940 bereits am gesamteuropäischen Ende von Demokratie und Parlamentarismus wählten. Die scharfe Ablehnung des Kommunismus hat die Basler Radikaldemokraten nie blind gemacht für die tödlichen Gefahren des Nationalsozialismus. Das republikanische Selbstbewusstsein gegenüber dem Europa der Diktatu-

Die scharfe Ablehnung des Kommunismus hat die Radikaldemokraten nie blind gemacht für die Gefahren des Nationalsozialismus. Wahlplakat für die Grossrats- und Regierungsratswahlen von 1938. ▷



ren wird eindrücklich belegt durch die Stellungen der Partei und der ihr nahestehenden «National-Zeitung», die beide für die Spanische Republik in den Jahren des Bürgerkrieges von 1936 bis 1939 Partei ergriffen; die Haltung der «National-Zeitung» stand somit in starkem Gegensatz zur übrigen helvetischen Presselandschaft, mit Ausnahme der KP- und SP-Organe. In Überwindung des Generalstreiktraumas verhinderte die RDP in den späten dreissiger Jahren mit ihrer vermittelnden und mässigen Politik die Bildung eines rechtsbürgerlichen Blocks gegen die sozialdemokratische Regierungsmehrheit («Rotes Basel» 1935–1950). Sie hat damit zum Wohle des baselstädtischen Gemeinwesens den Weg des Dialogs und des Kompromisses eingeschlagen und im Parteienspektrum eine Schlüsselrolle eingenommen.

Die Nachkriegszeit

Die nach Stalingrad und El Alamein im Jahre 1943 mit Macht einsetzende Debatte über die soziale und wirtschaftliche Neugestaltung der

Nachkriegsordnung fand in den Reihen der Basler Radikaldemokraten grossen Widerhall. Bedeutsam war vor und während des Krieges der Aufstieg einer neuen Generation junger Akademiker in der Partei sowie die Ablösung von Parteiotabeln wie Ernst Thalmann (Ständerat 1928–1935) oder Victor Emil Scherer (Ständerat 1919–1925, Nationalrat 1929 bis 1941).

Der aus der katholischen Innerschweiz, aus Flüelen im Kanton Uri, stammende Alfred Schaller repräsentiert musterhaft den Typ des jungen Sozialaufsteigers. 1938 war er dreissig-jährig als Vertreter der Radikaldemokraten in den Basler Grossen Rat gewählt worden. Sein eigentlicher politischer Aufstieg fällt jedoch in die Kriegsjahre, wo er als Direktor des Schiff-fahrtsamtes im Jahre 1944 mit dem Präsidium der Kantonalpartei betraut wurde. Von 1947 bis 1978 gehörte Schaller auch dem Nationalrat an, 1967 als dessen Präsident. 1950 erfolgte seine Wahl in den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt. Bereits am sozialpolitischen Parteitag der FDP Schweiz am 14./15. April 1943 hatte er ein Grundsatzreferat gehalten, in dem er sein persönliches sozialpolitisches Credo, mit stark linksfreisinnigen Zügen, entwickelt hatte. Mit seiner sozialpolitischen Programmatik und der Forderung nach einem modernen Arbeitsrecht ergaben sich wichtige Gemeinsamkeiten mit der politischen Linken. Die Durchsetzung bedeutsamer sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Errungenschaften, wie der gesetzliche Ferienanspruch oder der erste Gesamtarbeitsvertrag (GAV) in der Basler Chemieindustrie (1945), zeugen von dieser Aufbruchstimmung. Als die AHV am 1. Januar 1948 ihre Tätigkeit aufnahm, gleichsam als Auftakt zum Jubiläumsjahr «100 Jahre schweizerischer Bundesstaat», war zwar das Problem der Altersarmut noch keineswegs gelöst; dennoch war ein historischer Durchbruch erzielt worden, der das Prinzip der staatlichen Sozialversicherung und des Rechts auf ein Alter in Würde gesetzlich verankerte. Es wäre vermessen, die Schaffung der AHV als einen Erfolg freisinniger Politik darzustellen, denn auf schweizerischer Ebene erfolgte die Durchsetzung nicht wegen, sondern trotz des freisinnigen Vorstehers des Departements des Innern, Bundesrat Walter Stampfli;

aber auch hier gehörten die Basler Radikaldemokraten zu den eifrigen Verfechtern der Vorlage. Als kantonaler Finanzdirektor in den Jahren der beispiellosen Hochkonjunktur und der Konkordanz der fünfziger und sechziger Jahre war Alfred Schaller in der beneidenswerten Lage, immer die nötigen Mittel für eine innovative Bildungs- und Sozialpolitik zur Verfügung stellen zu können.

1972: Wahlerfolg und Namenswechsel

Bei den Regierungsratswahlen von 1972 gelang es den Freisinnigen, ihre Führungsposition im bürgerlichen Lager aufrechtzuerhalten. Mit der Wahl ihrer Kandidaten Arnold Schneider und Kurt Jenny konnten sie den Führungsanspruch gegenüber den Liberalen behaupten. Der im gleichen Jahr erfolgte Namenswechsel von «Basler Radikaldemokraten» zu «Freisinnig-Demokratische Partei» erfolgte primär aufgrund des Begriffs «radikal», der angesichts der «Neuen Linken» (1968er Bewegung) als Hypothek empfunden wurde. Der verschiedentlich vorgetragene Vorwurf, damit sei auch eine politische Gewichtsverschiebung, gleichsam eine Verabschiedung von den mittelständischen Wählern hin zu einer Filiale des Zürcher Wirtschaftsfreisinns, verbunden gewesen, ist zu pauschal: Die heterogene soziale Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft, das Fortdauern eines Angestellten- und Beamtenflügels relativieren diese These.

Die verstärkte Thematisierung wirtschaftspolitischer Aspekte seit den frühen siebziger Jahren durch den Basler Freisinn ist im Kontext einer zunehmenden Kritik der «Konsumgesellschaft» und der «Leistungsgesellschaft» durch die «Neue Linke» jener Jahre zu sehen. Die in der Nachkriegszeit geschmiedete Konkordanz der grossen bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie zeigt erste Risse: Der Grundkonsens über die gesellschaftliche, politische und soziale Orientierung der fünfziger und sechziger Jahre beginnt sich aufzulösen.

Krise der Parteien

Der Krisendiskurs begleitet alle politischen Parteien seit Jahrzehnten. Mit Politikverdros-

Freier Weg den Jungen Bildung für alle



Radikale

Liste 1

Radikale Liste 1 für die Werke des öffentlichen Wohls

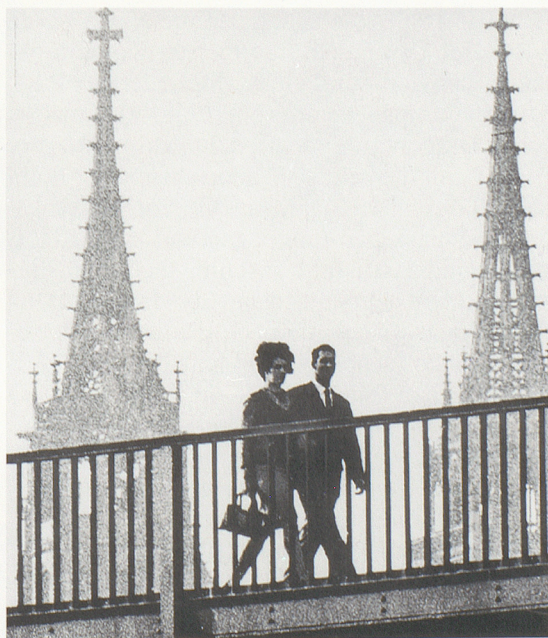


◁
Bildungs- und
Sozialpolitik als
Konstanten radikal-
demokratischer
Politik. Wahlpla-
kate aus den frühen
sechziger Jahren.
◁

senheit wurde schon in den dreissiger Jahren von rechtsradikalen Kräften gegen das «System» polemisiert. In der Krise befinden sich heute jedoch nicht allein die politischen Parteien, sondern eine Gesellschaft als Ganzes, in der die Entsolidarisierung und der Verlust von Gemeinsinn bereits ein gefährliches Mass erreicht haben. Gleichzeitig erleben wir die Metamorphose des Staatsbürgers zum Staatskunden. Das Regiment der Mittelmässigen ist in der politischen Arena, über alle Parteien hinweg, schon weit fortgeschritten. Es muss uns mit Sorge erfüllen, dass qualifizierte Persönlichkeiten ihre Erfüllung allein im beruflichen und privaten Bereich, je länger je weniger aber in der Politik suchen und finden. Währenddes-

sen wird das politische Leben zunehmend von missionarischen Betroffenheitsaposteln und larmoyanten Bauchrednerinnen auf der einen Seite, rechtspopulistischen Vereinfachern und Götzendienern des Marktes auf der anderen Seite beherrscht. Auch darf Politik nicht einfach an Marketingspezialisten, Finanzfachleute und Medienbeauftragte delegiert werden. Parteien und Politiker müssen wieder den Mut aufbringen, Profil zu zeigen, klar und deutlich zu sagen, was für unser Gemeinwesen erstrebenswert ist und was nicht. Die Verteidigung des Status quo als politisches Projekt reicht nicht mehr aus. Gerade heute sind die Freisinnigen aufgerufen, die republikanischen Tugenden «freien Sinnes» neu zur Geltung zu bringen.

Als erster deutsch-schweizerischer Kanton führte Basel-Stadt 1966 das Frauenstimm- und -wahlrecht ein. Wahlplakat aus Anlass der ersten Grossrats- und Regierungsratswahlen mit Beteiligung der Frauen aus dem Jahre 1968. ▶



**Männer und Frauen zämme
Basel
aufbaue
Radikale
Liste
1**

Literatur

Kurt Jenny, Vor hundert Jahren hiess das Basler Stimmvolk die noch heute geltende Kantonsverfassung gut, in: Basler Stadtbuch 1990, hrsg. von der Christoph Merian Stiftung, Basel 1991, S. 43–47.

Walter Lüthi, Der Basler Freisinn von den Anfängen bis 1914, hrsg. von der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige, Basel 1983.

Charles Stirnimann, Das «Rote Basel» 1935–1938, Quellen und Forschungen zur Basler Geschichte, Bd. 13, Basel 1988.

Charles Stirnimann, Der Weg in die Nachkriegszeit 1943–1948. Ein Beitrag zur politischen Sozialgeschichte des «Roten Basel», Basel 1992, Vgl. zu Alfred Schaller speziell S. 112–126.